

Arbeitsmarkt-Bilanz 2025 in Baden-Württemberg

Weiter krisenhafte gesamtwirtschaftliche Entwicklung

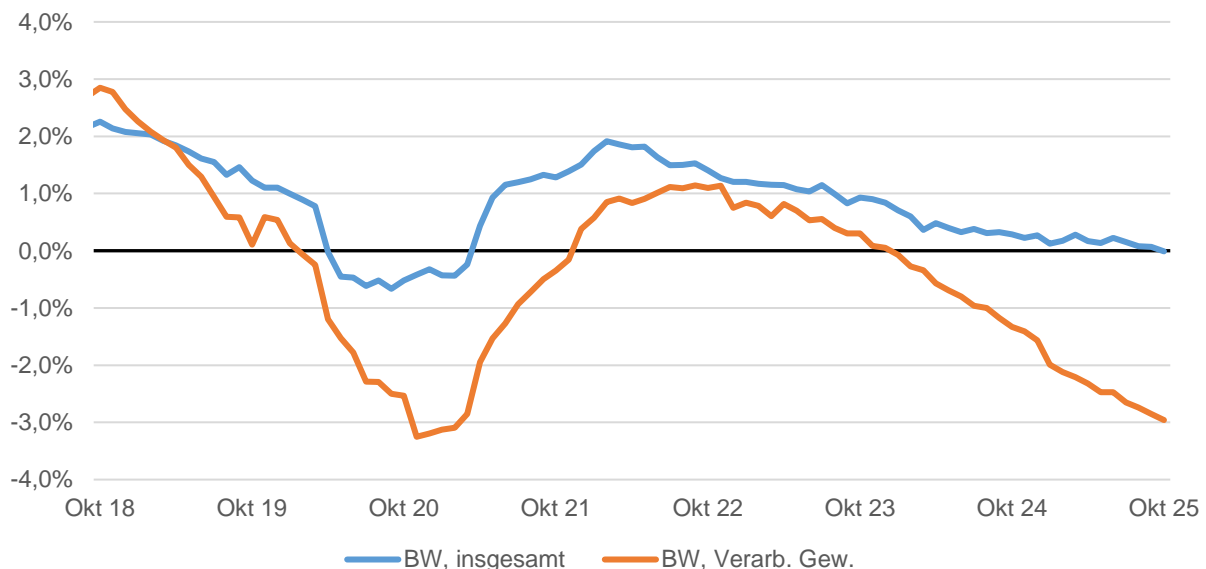
Nach Stagnation 2023 und Rezession 2024 [ging die reale Wirtschaftsleistung in Baden-Württemberg 2025 bis zur Jahresmitte erneut gegenüber dem Vorjahr zurück](#). Damit wächst die Wirtschaft im Land effektiv seit fast vier Jahren nicht mehr; [niedriger als zuletzt lag die Wirtschaftsleistung zuletzt im dritten Quartal 2021](#). Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Land zeigt sich dabei schlechter als im Bundesdurchschnitt. Längst handelt es sich nicht mehr um eine konjunkturelle Schwächephase, sondern um eine veritable Strukturkrise, die Baden-Württemberg mit seiner starken Abhängigkeit von Industrie-Wertschöpfung und Export in besonderem Maß erfasst hat.

Beschäftigung stagniert; beschleunigter Rückgang in der Industrie

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Land liegt mit derzeit (aktuellste Hochrechnung: Okt. 2025) rund 4,978 Mio. nahezu gleich hoch wie im Vorjahr und damit auf Rekordniveau, das Beschäftigungswachstum gegenüber dem Vorjahr ist jedoch seit Frühjahr 2022 kontinuierlich rückläufig und erreicht im Dezember 2025 erstmals seit März 2021 (damals -0,2%, im Kontext der Pandemiekrise) den Nullpunkt. Insbesondere in der **Industrie** geht die Beschäftigung um rund 3% pro Jahr zurück, das entspricht knapp 40.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen - Tendenz steigend. Damit entfällt rund ein Viertel des jährlichen Jobverlusts in der deutschen Industrie auf Baden-Württemberg und damit mehr, als dem Industrie-Beschäftigtenanteil des Landes entspricht (rd. 20%).

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Veränderung zum Vorjahr in Prozent)

Letzte 4 Monate vorläufig und hochgerechnet
Baden-Württemberg



Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

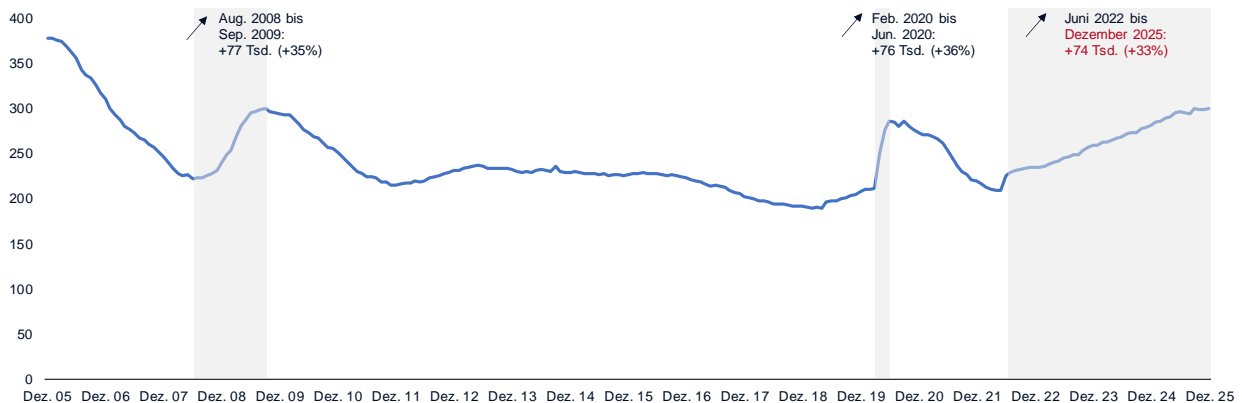
Nennenswertes Beschäftigungswachstum (in der Größenordnung +1% bis +4% ggü. 2024) verzeichneten dagegen das Gesundheits- und Sozialwesen (inkl. Pflege und Erziehung), die Energieversorgung, Verkehr und Lagerei, die IKT-Branche und andere Dienstleistungsbranchen (Datenrand hier: Juni 2025). Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ist zu begrüßen, dass die

Expansion in Pflege und Erziehung Arbeitskräfte entlasten und ihnen die Aufnahme oder Ausweitung von Erwerbstätigkeit ermöglichen kann. Auch das Wachstum im Energie- und IKT-Sektor kann als Schlüssel für eine wirtschaftliche und auch industrielle Erneuerung fungieren. Allerdings brechen mit dem Beschäftigungsrückgang in der Industrie Jobs mit hoher Wertschöpfung und hohen Löhnen weg, die bislang (häufig in Form von Zeitarbeit) auch Perspektiven für Arbeitslose boten und die Binnennachfrage stützten.

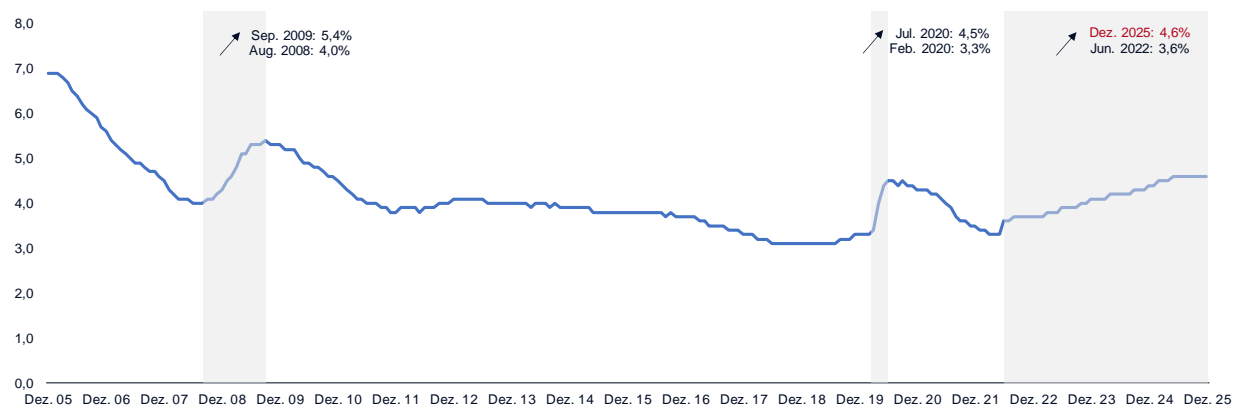
Anstieg der Arbeitslosigkeit setzt sich 2025 nahezu unvermindert fort

Im Jahresdurchschnitt 2025 waren in Baden-Württemberg knapp 294.000 Menschen arbeitslos, das sind knapp neun Prozent mehr als im Vorjahr. Damit hat sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr das dritte Jahr in Folge fortgesetzt. Der Anstieg der letzten Jahre zeichnet sich durch eine **außergewöhnliche Kontinuität** aus. Saisonbereinigt ist die Arbeitslosigkeit zwischen Mitte 2022 und Mitte 2025 Monat für Monat nahezu ununterbrochen gestiegen - der längste steigende Trend seit Inkrafttreten des maßgeblichen Rechtsrahmens 2005. Das Jahr 2025 markiert damit den höchsten jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenbestand seit 2006. Zwischenzeitlich und saisonbedingt waren im August und September 2025 sogar über 300.000 Arbeitslose zu verzeichnen - erstmals seit Februar 2010; im Januar 2026 dürfte (wiederum saisonbedingt) die 300.000er-Marke erneut überschritten werden.

Arbeitslose (saisonbereinigt), in Tausend Baden-Württemberg



Arbeitslosenquote (saisonbereinigt), in Prozent Baden-Württemberg



Graue Hervorhebungen: Phasen dauerhafter Anstiege
Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Eine Massenarbeitslosigkeit wie zu Beginn des Jahrtausends ist das gleichwohl nicht: Zum einen lag der jahresdurchschnittliche Bestand am Höhepunkt 2005 mit rd. 385.000 weitaus

höher (bevor im Zuge der Hartz-Reformen ein historischer Rückgang einsetzte), zum anderen sind Bevölkerung und Beschäftigung seither stark gewachsen. Daher ist die Arbeitslosenquote im langjährigen Vergleich noch wesentlich stärker zurückgegangen als der Arbeitslosenbestand. Im Jahresdurchschnitt 2005 lag sie bei 7,0%, 2024 bei 4,2% und 2025 bei 4,6%. Einen Tiefststand erzielte die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote 2018/2019 mit je 3,2%.

Schwache Dynamik am Arbeitsmarkt

Der Arbeitslosenbestand ist per Definition eine Momentaufnahme und Ergebnis zahlreicher Zu- und Abgänge, die in Baden-Württemberg Monat für Monat jeweils hohe fünfstelligen Anzahlen erreichen (Größenordnung jeweils rund 50.000-70.000). Der Saldo aus Zu- und Abgängen ergibt die Vormonatsveränderung des Bestands; in den letzten Jahren war dieser Saldo meist positiv (mehr Zu- als Abgänge). Allerdings entwickeln sich Zu- und Abgänge langfristig gesehen eher in dieselbe Richtung als entgegengesetzt; daher gehen viele Zugänge oder Abgänge per se nicht eindeutig mit steigender oder sinkender Arbeitslosigkeit einher. Eine Zunahme der Zugänge ist also bei Weitem nicht zwingend mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit verbunden, da die Zahl der Abgänge typischerweise parallel steigt.

Um die Dynamik am Arbeitsmarkt zu beschreiben und zu bewerten, greift zudem der Blick auf die absoluten Bewegungszahlen (Summen der Zu- und Abgänge) zu kurz. Diese sind in den letzten Jahren gestiegen, doch bezogen auf den (ebenfalls gestiegenen) Arbeitslosenbestand ist seit 2020 die Dynamik am Arbeitsmarkt dauerhaft zurückgegangen. So wechseln seither monatlich in der Regel weniger als je 10% der Arbeitslosen in Erwerbstätigkeit bzw. kommen aus Erwerbstätigkeit; zuvor waren diese anteiligen Zu- und Abgangsraten meist zweistellig. Auch die **Abgangschance aus Arbeitslosigkeit** (Anteil der Arbeitslosen, der in einem Monat in Beschäftigung übergeht) ist auf einem historisch niedrigen Stand. Demgegenüber entwickelt sich das **Zugangsrisiko in Arbeitslosigkeit** (Anteil der Beschäftigten, der in einem Monat in Arbeitslosigkeit übergeht) insgesamt sehr moderat - die Gefahr, aus Beschäftigung heraus arbeitslos zu werden, ist im langfristigen Vergleich sogar eher gering.

Das Problem ist also weniger das Arbeitslos-Werden als das Arbeitslos-Bleiben und damit ein Mangel an Dynamik am Arbeitsmarkt. Die Vermeidung von Jobverlusten geht auch auf den (in Baden-Württemberg im Ländervergleich stärksten) Einsatz von Kurzarbeit (s. u.) zurück, zumal 2025 (und 2026 erneut) Bezugsdauern von bis zu 24 Monaten (statt regulär 12 Monaten) möglich waren bzw. sind.

Jobverluste und Beschäftigungschancen

Dennoch tragen auch Jobverluste zum andauernden Anstieg der Arbeitslosigkeit bei. Betrachtet man die Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und (ungeförderter) Beschäftigung genauer, so sind 2025 rund 40% mehr Zugänge in Arbeitslosigkeit zu verzeichnen als Abgänge in die Gegenrichtung - im längerfristigen Vergleich kein ungewöhnlicher Wert.¹ Eingeschränkt auf Beschäftigung in der Industrie lag die Zugangszahl aber um rund 90 Prozent höher als die Abgangszahl (also knapp zwei Zugänge pro Abgang); in der Kfz-Industrie gar um rund 300% (rd. vier Zugänge pro Abgang). Damit ist die Zahl der "überschüssigen" Zugänge aus der Industrie, und speziell aus der Kfz-Branche, in den letzten Jahren (vor allem seit 2024) stark gestiegen.

Unter der anhaltend geringen Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes leiden vor allem Jüngere, da sie auf Neubesetzung und Schaffung von Arbeitsstellen besonders angewiesen sind. So stieg die **Jugendarbeitslosigkeit** (Arbeitslose unter 25 Jahren) im Jahresdurchschnitt leicht

¹ Die Struktur der Herkunftstatus Arbeitsloser bei Zugang unterscheidet sich grundsätzlich von der Struktur der Zielstatus bei Abgang.

überdurchschnittlich, nämlich um rd. 11 Prozent auf rund 26.000; die Jugendarbeitslosenquote stieg um 0,4 Prozentpunkte auf 3,7 Prozent.

Im Zuge der anhaltenden Wirtschaftskrise geraten mittlerweile auch [Hochqualifizierte, die einen immer größeren Anteil der Erwerbsbevölkerung stellen](#), verstärkt unter Druck. So ist die **Arbeitslosigkeit unter Akademikern** 2025 etwa doppelt so stark gestiegen wie die Arbeitslosigkeit insgesamt. Dieser relativ starke Anstieg basiert jedoch ganz wesentlich auf der (immer noch) geringen Betroffenheit Hochqualifizierter von Arbeitslosigkeit (die Arbeitslosenquote unter Akademikern, wie auch von beruflich Qualifizierten, ist nur rund halb so hoch wie im Gesamt-Durchschnitt).

Der Job-Abbau erreicht mittlerweile also auch die höher qualifizierten "Kernbelegschaften", nachdem die geringer qualifizierten "Randbelegschaften" bereits in den Vorjahren zurückgebaut wurden (d. h. nach Ausreizung anderer Anpassungsmöglichkeiten wie Einstellungsstopps, Abberufung von Leiharbeitskräften und Nicht-Übernahme von befristet Beschäftigten).

Anhaltende Verfestigung der Arbeitslosigkeit

Die (in der Jahressumme sechsstelligen) Bewegungszahlen in und aus Arbeitslosigkeit mögen suggerieren, dass sich der Arbeitslosenbestand durch Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit und anderen Status (Erwerbstätigkeit, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und andere) mehrmals im Jahr komplett austauscht. Das ist aber nicht der Fall: Zwar ist für Viele Betroffene Arbeitslosigkeit nur eine kurze Episode, bzw. sie wird, bspw. durch Maßnahmenteilnahme, formal unterbrochen (da dann das Kriterium der Verfügbarkeit nicht mehr erfüllt ist; dies gilt dann nicht als Arbeitslosigkeit, sondern als Unterbeschäftigung). Ein großer Teil der Arbeitslosen befindet sich also (zumindest ununterbrochen) nur wenige Monate in Arbeitslosigkeit.

Bei einem beträchtlichen Teil der Betroffenen verfestigt sich die Arbeitslosigkeit aber. So waren 2025 jahresdurchschnittlich rd. 88.000 **Langzeitarbeitslose** zu verzeichnen (am aktuellen Rand Dezember sind es rd. 89.000).² Damit ist die Langzeitarbeitslosigkeit 2025 erneut (wie bereits 2024) um mehr als 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen und damit auf den höchsten Stand seit 2007. Ein weiterer solcher Anstieg in 2026 (auf dann rund 95.000-100.000) ist zu erwarten, da die Entwicklung der Arbeitslosigkeit sich per Definition mit rund einem Jahr Verzögerung auf die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit auswirkt. Nach einem Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit um mehr als 50.000 binnen zwölf Jahren (2007-2019) folgte also zuletzt binnen sechs Jahren (2019-2025) ein Anstieg von bisher rund 40.000, weitere Tendenz steigend.

Angesichts der geringen Abgangschancen vermag diese Verfestigung der Arbeitslosigkeit nicht zu überraschen. Die Gründe sind vielfältig. Teils liegen sie in der Person, etwa in Form fehlender Qualifikation oder gesundheitlicher Einschränkungen. Als weitere sogenannte **Vermittlungshemmnisse** gelten Schwerbehinderungen, hohes Lebensalter, lange Erwerbsunterbrechungen sowie schlicht die Langzeitarbeitslosigkeit selbst - allesamt Faktoren, die statistisch betrachtet die Beschäftigungschancen mindern.

Grundsicherung und Geflüchtete

Die Langzeitarbeitslosigkeit konzentriert sich zu 85 Prozent im Rechtskreis SGB II (Grundsicherung; in Abgrenzung zur Arbeitslosenversicherung SGB III), ist jedoch nicht deckungsgleich mit der Gesamt-Arbeitslosigkeit in diesem Rechtskreis. Etwas mehr als die Hälfte (54%) aller Arbeitslosen entfielen im Jahresdurchschnitt 2025 auf den Rechtskreis SGB II; hiervon waren knapp die Hälfte Langzeitarbeitslose. Auch ausländische Staatsangehörige sind unter

² Als langzeitarbeitslos gilt man nach einem Jahr ununterbrochener Arbeitslosigkeit.

den Arbeitslosen in der Grundsicherung mit einem Anteil von rund 50 Prozent stark überrepräsentiert.

Arbeitslose im Rechtskreis SGB II sind eine Teilmenge der sogenannten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB; hinzu kommen Leistungsberechtigte, die nicht kurzfristig für Arbeit verfügbar sind und daher nicht als arbeitslos gelten, ausgenommen Unter-15-Jährige). Die ELB sind jene erwerbsfähigen Personen, die Bürgergeld bzw. künftig Grundsicherungsgeld beziehen, welches (anders als die Leistungen der Arbeitslosenversicherung) aufgrund von Bedürftigkeit (nicht aufgrund durch Beiträge erworbener Ansprüche) gewährt wird und dabei den Bedarf des gesamten Haushalts ("Bedarfsgemeinschaft") berücksichtigt.

Rund ein Fünftel der ELB sind **ukrainische Staatsangehörige**, weitere rund 15 Prozent sind Staatsangehörige der acht häufigsten Herkunftsländer Asylsuchender (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien; kurz „8HKL“). Gemäß [Kabinettsbeschluss der Bundesregierung vom 19.11.2025](#) sollen geflüchtete Ukrainer:innen, die seit dem 1.4.2025 nach Deutschland eingereist sind, künftig nicht mehr Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten, sondern Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes (das entsprechende Gesetz („Leistungsrechtsanpassungsgesetz“) soll noch 2026 in Kraft treten).

Integration von Migrant:innen in den Arbeitsmarkt

Zuwanderung – auch aus Kriegs- und Krisenländern – prägt jedoch nicht nur den Leistungsbezug im Sozialstaat, sondern auch die Beschäftigung. So wird das Beschäftigungswachstum im Land mittlerweile nur noch von Drittstaatsangehörigen getragen, darunter nicht zuletzt Ukrainer:innen und Staatsangehörige der 8HKL. Ohne Zuwanderung wären also die Fachkräftengpässe in zahlreichen Berufsfeldern (s. u.) wie der Pflege noch wesentlich stärker ausgeprägt.

Eine Verengung der Migrationsdebatte auf Bezug von Transferleistungen verkennt also, dass Migrant:innen auch einen großen und wachsenden Anteil an der Wertschöpfung im Land haben. In Bereichen wie Pflege und IT werden dringend benötigte Fachkräfte zum Teil gezielt aus dem Ausland angeworben. Doch auch Migrant:innen, die aufgrund von Krieg und humanitären Krisen im Heimatland statt zum Zweck der Erwerbstätigkeit in Deutschland zugewandert sind, integrieren sich zusehends in den Arbeitsmarkt. So zeigt eine [wissenschaftliche Bilanz der Zuwanderung seit 2015](#), dass die Integration von Fluchtmigranten in Beschäftigung naturgemäß ein langjähriger Prozess ist, letztlich aber durchaus Erfolge zu verzeichnen sind.

Unterbeschäftigung und arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen

Die Arbeitslosen bilden den weitaus größten Teil der sogenannten Unterbeschäftigung (diese umfasst auch Teilnehmende an arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen und damit den messbaren Teil der Erwerbspersonen, deren vorhandene Beschäftigungswünsche nicht oder nur unzureichend erfüllt sind).³ Neben den rund 294.000 Arbeitslosen waren rd. 70.000 weitere Personen im Jahresdurchschnitt unterbeschäftigt, in Summe also rund 365.000. Gut 80 Prozent der Unterbeschäftigten sind also Arbeitslose. Die Unterbeschäftigung ist gegenüber 2024 mit +2,9% (im Jahresdurchschnitt) weit weniger stark gestiegen als die Arbeitslosigkeit, da die Teilnehmerzahlen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (darunter auch Sprach- und Integrationskurse, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finanziert und koordiniert werden) in nahezu allen Bereichen zurückgingen.

³ In einer weiten Definition zählen auch Kurzarbeitende zur Unterbeschäftigung; üblicherweise (so auch hier) sind sie jedoch nicht einbezogen.

Einen leichten Rückgang der Teilnehmerzahlen verzeichnet auch die **Förderung der beruflichen Weiterbildung** (FbW) – allerdings auf sehr hohem Niveau, nach starken Anstiegen 2023 und 2024. Die Zahl der Eintritte in entsprechende Fördermaßnahmen lag 2025 nach vorläufigen Daten bei rund 37.000 (2024: rd. 39.000). Besonders stark wächst weiterhin die Beschäftigtenqualifizierung, die inzwischen knapp 30% der Förderfälle umfasst. Der Fokus der Förderung verlegt sich damit immer mehr auf Prävention. Trotz angespannter Haushaltslage gab die Bundesagentur für Arbeit damit 2025 in Baden-Württemberg rund 470 Mio. Euro für die Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) aus, mehr als je zuvor.⁴ Allein rund 200 Mio. Euro entfielen auf die geförderte Beschäftigtenqualifizierung (inklusive Arbeitsentgeltzuschuss; auf diesen entfielen rund 170 Mio. Euro). Den weitaus größten Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Weiterbildungsaktivität leistet gleichwohl nach wie vor die Privatwirtschaft.

Übrigens: Die berufliche Weiterbildung in Baden-Württemberg ist Gegenstand eines umfangreichen Dossiers der RD BW, das vrss. im ersten Quartal 2026 erscheinen wird.

Von Kurzarbeit zu Transfermaßnahmen und Drehscheiben

Die Zahl der Personen in [konjunktureller Kurzarbeit](#) lag in Baden-Württemberg laut Hochrechnung zuletzt (September) bei rd. 49.000. Damit flachte die Entwicklung der Kurzarbeit-Zahlen 2025 zwar ab, dennoch war Baden-Württemberg mit einer Kurzarbeiterquote von rund einem Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weiterhin **das Bundesland mit der stärksten Inanspruchnahme**. Während konjunkturelle Kurzarbeit allerdings nur kurzfristig helfen kann, Arbeitsplätze bzw. Arbeitskräfte zu sichern, ist in der anhaltenden Strukturkrise zunehmend Anpassung an neue Wirtschaftsstrukturen gefragt.

Ein Ansatz, diesem Anpassungsbedarf zu begegnen, ist die **Transfer-Kurzarbeit**. Sie kommt bei größerem Personalabbau einzelner Arbeitgeber zum Einsatz; Beschäftigung wird in Transfergesellschaften ausgegliedert und es wird versucht, die betroffenen Beschäftigten mittels gebündelter Vermittlungs- und Qualifizierungsanstrengungen in neue Beschäftigungsverhältnisse zu überführen. Faktisch handelt es sich dabei meist um ältere bisherige Industriebeschäftigte, deren langjährige Berufserfahrung und Kompetenzen es in neuen oder veränderten Einsatzfeldern zu verwerten gilt.

Neben diesen „klassischen“ [Transfermaßnahmen](#) kommen in Baden-Württemberg zudem sogenannte **Arbeitsmarkt-Drehscheiben** zum Einsatz, die eine ähnliche Wirkungslogik verfolgen. So soll Arbeitslosigkeit erst gar nicht entstehen und von Arbeitsplatzabbau Betroffene sollen nicht nur individuell von Arbeitsagenturen und Jobcentern in neue Beschäftigung vermittelt werden. Vielmehr sollen auf der Ebene abgebender und aufnehmender Betriebe gebündelte Übergänge ermöglicht werden, etwa zwischen Metall- und Elektroindustrie einerseits und Energiewirtschaft andererseits.

Arbeitsnachfrage und Fachkräftebedarf

Wie die Entwicklung der Abgangschancen aus Arbeitslosigkeit zeigt, spielt für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren die Nachfrageseite eine entscheidende Rolle - **der Arbeitsmarkt ist insgesamt wenig aufnahmefähig**. Spiegelbildlich zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit, ist die Zahl der gemeldeten Arbeitsstellen 2025 zum dritten Mal in Folge zurückgegangen, von rd. 204.000 auf rd. 191.000 (Jahressumme der Stellenmeldungen).

Die ungünstige Dynamik am Arbeitsmarkt geht auch mit einer ungünstigen **betrieblichen Dynamik** einher: In den letzten Jahren ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gestiegen, während [die Zahl der Gründungen langfristig gesehen zurückgeht und Übernahmen](#)

⁴ Summe der Rechtskreise SGB III und SGB II; ohne zugelassene kommunale Träger der Grundsicherung.

[inhabergeführter Betriebe aus demografischen Gründen zunehmend ausbleiben \(die neu in den Arbeitsmarkt eintretenden Jahrgänge sind viel kleiner als die ausscheidenden\)](#). Damit fällt (neben ausbleibenden Expansionen bestehender Unternehmen) auch die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Neugründungen gering aus – wie oben erwähnt, erklärt dies zum Teil die steigende Betroffenheit junger Menschen von Arbeitslosigkeit.

Dennoch gibt es verbreitet Fachkräfteengpässe, die sich erkennbar auf demografische, technologische und ökologische Ursachen zurückführen lassen. Zu den Engpassberufen zählen allen voran die Pflegeberufe; bemerkenswerter Weise [wiegt dabei der Ersatzbedarf für altersbedingt ausscheidende Beschäftigte schwerer als der Erweiterungsbedarf aufgrund der steigenden Zahl Pflegebedürftiger](#). Dies unterstreicht, wie sehr die Verrentung der Babyboomer-Jahrgänge, die erst um 2030 ihren Höhepunkt erreichen wird, die Beschäftigungsentwicklung prägt.

Auch die Erziehungsberufe, zahlreiche (oft handwerkliche) Bauberufe, die Berufsfelder Energie- und Elektrotechnik und die IT-Berufe weisen deutliche Engpass-Anzeichen auf. Es gibt also in diversen Berufsfeldern gute Beschäftigungschancen, die Profile der Arbeitssuchenden passen jedoch häufig nicht zu den Anforderungsprofilen offener Stellen. Hinzu kommen - unabhängig vom Beruf - individuelle Vermittlungshemmnisse (s. o.). Und schließlich handelt es sich bei den expandierenden Arbeitsmarktsegmenten teils um deutlich weniger profitable Wirtschaftsbereiche als bei der Industrie, so dass Übergänge zwischen Beschäftigungsverhältnissen auch Konzessionsbereitschaft hinsichtlich Löhnen erfordern werden. Die nötigen Anpassungen und Übergänge am Arbeitsmarkt dürften somit alles andere als reibungslos vonstatten gehen.

Ausblick auf 2026

Für das begonnene Jahr erwarten gesamtwirtschaftliche Prognosen, etwa des [Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#), für Deutschland ein leichtes Anziehen des realen Wirtschaftswachstums (von +0,2% 2025 auf +0,9% 2026), getrieben vor allem von öffentlichen Investitionen. Im Zuge dessen werden ein Rückgang der Arbeitslosigkeit (also eine Trendumkehr) und ein weiteres minimales Beschäftigungswachstum erwartet. Ebenfalls unter Annahme eines Wirtschaftswachstums von rund +1% rechnet auch das [Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in seiner regionalen Prognose](#) damit, dass die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg 2026 nicht weiter wächst (+/- 0,0% ggü. 2025); für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wird ebenfalls eine Stagnation erwartet (+0,1%). Allerdings handelt es sich hierbei nur um die Mittelwerte des jeweiligen Prognosekorridors, der von -7,5% bis +7,5% (Arbeitslosigkeit) bzw. -1,1% bis +1,4% (sozialversicherungspflichtige Beschäftigung) reicht.

In Baden-Württemberg wird die Aufmerksamkeit von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik weiterhin vor allem der **Industrie** gelten. Es gilt, Industrie-Arbeitsplätze und damit Wertschöpfung zu erhalten; dabei darf „erhalten“ allerdings nicht als „konservieren“ bestehender Verhältnisse verstanden werden. Vielmehr braucht es neue Geschäftsmodelle, in denen neue Technologieführerschaft und Marktanteile im globalen Wettbewerb hart errungen werden müssen. Weiterhin gilt es, die Transformation zu gestalten und selbst weiter anzutreiben, statt von ihr getrieben zu werden.

Auch Arbeitsmarktsegmente, die sich nicht anhand von Branchen oder Berufen definieren lassen, werden weiterhin Schwerpunkte der Arbeitsmarktpolitik definieren. Ein Beispiel sind **ältere Erwerbspersonen**. Um das Jahr 2030 erreichen die geburtenstärksten Jahrgänge das Rentenalter; faktisch gehen Viele bereits einige Jahre früher in den Ruhestand. In Baden-Württemberg werden in den nächsten 10 Jahren rund 1,2 Millionen oder 25% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus dem Erwerbsleben ausscheiden und die Jahrgänge, die

in den Arbeitsmarkt eintreten, sind durchschnittlich um knapp 40 Prozent kleiner als die, die ausscheiden.

Mit der [Aktivrente](#), der „**Neuen Grundsicherung**“ und dem Rechtskreiswechsel ukrainischer Geflüchteter zurück in den Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes wird es 2026 rechtliche und administrative Veränderungen geben, die auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben dürften.